

# Kreiswahlprogramm 2003

<b>Lust auf Zukunft – Die Zukunft ist GRÜN!</b>	<b>2</b>
<b>I. Zukunftsfähiges Wirtschaften und Ökologie</b>	<b>3</b>
1. Umwelt schafft Arbeit	3
2. Stärkung der regionalen Wirtschaft	5
3. Natur-, Biotop- und Wasserschutz – Erhalt unseres Lebensraums	6
<b>II. Nachhaltige Mobilität für alle</b>	<b>7</b>
1. Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Personennahverkehr	8
2. Eine aktive Fahrradpolitik für den Kreis	9
3. Minimierung der Lärmbelastung	10
4. Keine überteuerten Straßenbauprojekte	10
<b>III. Kinder- und jugendgerechte Politik</b>	<b>11</b>
1. Kinder haben Rechte	11
2. Ein breites, qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot im Kreis	12
3. Bildung für alle	14
4. Kreisaufgabe Jugendhilfe: Politik für morgen	15
<b>IV. Menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle</b>	<b>17</b>
1. Integration von Langzeitarbeitslosen	17
2. Gesundheitspolitik für die Zukunft	19
3. Politik für ältere Menschen	20
4. Für Toleranz und Weltoffenheit	21
5. Unterstützung des Sports	22
6. Kultur für alle	23
<b>Zum Schluss</b>	<b>24</b>



## **Kreisverband Pinneberg**

Damm 48, 25421 Pinneberg

Tel.: 04101/553985, Fax: 553986

E-Mail: [kv.pinneberg@gruene.de](mailto:kv.pinneberg@gruene.de)

Internet:

[www.sh.gruene.de/pinneberg](http://www.sh.gruene.de/pinneberg)

## **Lust auf Zukunft – Die Zukunft ist GRÜN!**

Wir haben Lust auf Politik und möchten Sie mit unserem Wahlprogramm anregen, Partei zu ergreifen. Es ist notwendig und sinnvoll sich einzumischen! Viele von uns haben es auf unterschiedlichen Ebenen ausprobiert und erfahren, dass sich gemeinsam mit Geduld und Courage Veränderungen erreichen lassen. Wir möchten Politik gemeinsam mit Ihnen machen und nicht nur mit Ihren Stimmen.

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verständigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die AGENDA 21, ein Leitbild für zukunftsfähige Politik. Sie verpflichtet die Politik dazu, einen zukunftsfähigen Lebensstil in den Bereichen Umwelt, Soziales und Wirtschaft zu fördern. Zum Mitmachen sind neben Politik und Verwaltung vor allem Bürgerinnen und Bürger vor Ort aufgerufen.

Für uns ist die AGENDA 21 eine Klammer für unsere Ziele. Wir treten für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Selbstbestimmung ein. Daraus ergeben sich für uns auf Kreisebene folgende Schwerpunkte für unsere Politik:

- I. Zukunftsfähiges Wirtschaften und Ökologie**
- II. Nachhaltige Mobilität für alle**
- III. Kinder- und jugendgerechte Politik**
- IV. Menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle**

Wir kennen die Grenzen der Politik und dies erst recht auf Kreisebene. Leere Kassen im öffentlichen und privaten Leben lassen nicht viel Spielraum, vor allem wenn wir uns nicht auf Kosten unserer Kinder noch stärker verschulden wollen.

Trotzdem halten wir es für nötig, dass wir deutlich machen, was unsere politischen Ziele auf Kreisebene sind und was wir maximal für eine GRÜNE Zukunft erreichen möchten.

Haushaltskonsolidierung muss so gestaltet werden, dass sie den zukünftigen Generationen nicht schadet und nicht diejenigen in der Gesellschaft am meisten trifft, die auf Unterstützung dringend angewiesen sind. Alle Ausgaben müssen kritisch hinterfragt werden und sollen nicht entsprechend der Stärke einzelner Lobbygruppen

verteilt werden. Dazu gehört, dass wir sowohl aus Fehlern lernen als auch einmal neue Wege gehen und gleichzeitig Bewährtes erhalten.

## **I. Zukunftsfähiges Wirtschaften und Ökologie**

Umweltpolitik hat mit der Nachhaltigkeit einen neuen Leitbegriff gewonnen. Nachhaltigkeit bedeutet die zukunftsfähige Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Dabei ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unser zentrales Anliegen. Produktion und Konsumption müssen so gestaltet werden, dass sie nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstören. Mit unserer Politik im Kreis Pinneberg wollen wir dazu einen Beitrag leisten.

Ökologische Politik ist Gesellschaftspolitik und hat deshalb Konsequenzen für viele Politikfelder: zum Beispiel für die Gestaltung der Wirtschaft, des Verkehrssystems und des Gesundheitswesens. Ansatzpunkte für GRÜNE Politik in Pinneberg sind die kreiseigenen Gesellschaften, die Förderprogramme und die gemeindeübergreifende Vernetzungsfunktion des Kreises. Diesen Einfluss des Kreises wollen wir nutzen und auch erstreben. Immer mehr Aufgaben sind in den letzten Jahren von der Kreisverwaltung weg auf Kreisgesellschaften übertragen worden. Der Einfluss der BürgerInnen und der von ihnen gewählten VertreterInnen schwindet damit. Diesen Trend wollen wir aufhalten, indem wir ein Mitgestaltungsrecht einfordern.

### **1. Umwelt schafft Arbeit**

Ökologisches Wirtschaften schafft neue Arbeitsplätze. Eine dezentrale Energiewirtschaft auf der Basis erneuerbarer Energiequellen bietet neue qualifizierte Arbeitsplätze. Der Übergang von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft bietet neue Jobs für Wartung, Reparatur und Recycling.

Der Kreis ist für nahezu sämtliche Aufgaben der **Abfallwirtschaft** zuständig. Hierzu bekennen wir uns, denn Abfallwirtschaft ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und schafft Arbeitsplätze in der Region. Der Kreis bedient sich hierbei unter anderem der kreiseigenen Gemeinnützigen Abfallbeseitigungsgesellschaft (GAB). Immer mehr private Großgesellschaften entdecken den

Markt Abfallbehandlung und wollen hier Rendite machen. Der Abfallmarkt wird derzeit mit Billigangeboten überschwemmt, die Gebührensenkungen versprechen und zukunftsfähiges Handeln zunichte machen. Die kommunale Aufgabe Abfall kann nur dann überleben, wenn wirtschaftliches und ökologisches Handeln einhergehen. Daher setzen wir auf den Fortbestand der GAB.

In der Abfallpolitik setzen wir uns dafür ein, dass:

- die Abfallwirtschaft kommunale Aufgabe bleibt,
- die Abfallvermeidung Priorität vor einer Auslastung von Behandlungsanlagen hat,
- Billiganbietern kein Raum gegeben wird:
  - Der Tariflohn für alle Beschäftigten der GAB ist zu bezahlen!
  - Die ökologischen Standards sind zu erhalten!
- lange Transportwege vermieden werden,
- ökologische Technologien gefördert werden bevor die Gebühren gesenkt werden.

Die vorhandenen fossilen Energieträger sind endlich. Die von der Bundesregierung eingeleitete **Energiewende** wollen wir vor Ort unterstützen. Daher setzen wir auch im Kreis Pinneberg auf Energieeinsparungen sowie auf die Förderung und den Ausbau von regenerativen Energiequellen wie z.B. Wind-, Biogas- und Solartechnologie.

In der Energiepolitik streiten wir im Kreis besonders für:

- die Einführung und Weiterentwicklung des Energiemanagements in kreiseigenen Gebäuden (Kreishaus, Schulen, Krankenhäuser, kreiseigene Gesellschaften) und die Umsetzung von Wärmedämmungsmaßnahmen und den Einbau energiearmer Geräte.
- die Nutzung von Förderprogrammen bei der Solartechnik, insbesondere für den Einbau bei kreiseigenen Liegenschaften unter Einsatz von Komplementärmitteln wie z. B. Fördermittel von Land, Bund und EU.
- Weiterentwicklung der Biogastechnologie, z. B. in Form einer Kooperation der GAB mit der örtlichen Landwirtschaft.

## 2. Stärkung der regionalen Wirtschaft

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt auf **regionale Wirtschaftskreisläufe** zwischen Stadt, Region und ländlichem Raum. Dies ist förderlich für Handwerk, kleine Dienstleistungsbetriebe und eine verbrauchernahe Landwirtschaft. Innovative Dienstleistungen und Produktionsmethoden, umweltfreundliche Technologien und ortspezifische Wissens- und Bildungsmerkmale werden zum Standortfaktor und Imagewert einer ganzen Region.

Langfristig angelegte Regionalpolitik ermöglicht Planungssicherheit für Investoren, Kommunen und BürgerInnen. Deshalb begrüßen wir die Zusammenarbeit mit Hamburg und den anderen Landkreisen im Hamburger Rand im Rahmen der **Regionalplanung Metropolregion Hamburg**. Wir fordern eine Ausrichtung an dem Leitbild der Nachhaltigkeit, wie es in der Agenda 21 beschrieben ist.

Der Kreis Pinneberg hat mit der **Wirtschafts- und Entwicklungsgesellschaft (WEP)** ein Instrument, welches gezielt für die Förderung einer zukunftsfähigen Wirtschaft eingesetzt werden kann. Die Ausgleichs- und Förderungsfunktion des Kreises wollen wir insbesondere zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Standorten nutzen. Dazu soll insbesondere die WEP beitragen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass

- der **Belebung von Altstandorten** der Vorrang vor der Ausweisung von neuen Gewerbegebieten auf der grünen Wiese eingeräumt wird. Eine Voraussetzung hierfür ist die flächendeckende Altlastenkartierung, die wir weiter voranbringen wollen.
- das **Wirtschaftskataster** bei der WEP ausgebaut wird.
- die Förderprogramme zur Firmengründung einen besonderen Schwerpunkt „Ökologische Wirtschaftsweise“ erhalten.

Wir wollen eine regionale Wirtschaftsförderung, die zielgenau ihre Mittel für eine nachhaltige Wirtschaft einsetzt!

## 3. Natur-, Biotop- und Wasserschutz – Erhalt unseres Lebensraums

Kommunale Umweltpolitik findet in erster Linie auf gemeindlicher Ebene statt. Aber auch auf Kreisebene kann und soll etwas getan werden. Natur-, Biotop- und Wasserschutz wollen wir im Kreis weiterentwickeln.

Landesweit führend ist der Kreis im Bereich des **Verbundes von Biotopen**. Hierfür werden dank unseres Engagements auch im Jahr 2003 wieder Mittel für den Ankauf ökologisch wertvoller Flächen zur Verfügung stehen.

Wir setzen uns ein für die vollständige **Erhebung, Sicherung und Fortentwicklung der Ausgleichsflächen** im Kreisgebiet.

Von besonderer Bedeutung ist für uns der Bereich Bildung und Umwelt. Nur das Verständnis von Zusammenhängen in der Natur fördert das Bewusstsein für die Bewahrung unserer Umwelt. Der Kreis Pinneberg hat im Jahr 2002 einen Preis für die **Förderung von Umweltbildungsprojekten** ausgelobt. Das Ergebnis war auch für uns überraschend: Eine Vielzahl von sehr interessanten und hochwertigen Projekten wurden von Kindergärten, Schulen, Verbänden und Umweltinitiativen eingereicht. Nicht alle guten Vorschläge konnten gefördert werden. Wir werden uns daher für die Fortführung und den Ausbau dieses Projektes auf Kreisebene einsetzen.

Die Elbe ist nicht nur für Hamburg, sondern auch für den Kreis Pinneberg eine wichtige Lebensader. Der wirtschaftliche Faktor Touristik, für dessen Ausbau wir uns einsetzen, gewinnt immer mehr an Bedeutung. Für uns ist die Elbe und deren Einzugsbereich aber auch ein ökologisch wertvolles Gebiet, das es im Sinne eines nachhaltigen Naturschutzes und unter Einbeziehung der Deichsicherheit zu erhalten gilt. Wir werden uns entschieden **gegen eine weitere Vertiefung der Elbe** einsetzen, die ökologisch aber auch ökonomisch unsinnig ist.

Des Weiteren setzen wir uns ein:

- für die weitere Ausweisung von Wasserschutzgebieten,
- für Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus und insbesondere der ökologisch ausgerichteten Baumschulwirtschaft.

## II. Nachhaltige Mobilität für alle

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Sie ist eine Grundbedingung individueller Entfaltung sowie sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe. Aber Mobilität darf nicht die Mobilität der AutofahrerInnen zulasten anderer VerkehrsteilnehmerInnen und nachfolgender Generationen sein. Der motorisierte Verkehr beeinträchtigt die Lebensqualität in Stadt und Land: Er verursacht Lärm, Staus und Umweltschäden bis hin zum Klimakollaps, er macht Menschen krank und verursacht jedes Jahr eine inakzeptabel hohe Zahl von Toten und Verletzten auch im Kreis Pinneberg. Daher setzen wir in erster Linie auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie den Fuß- und Radverkehr. Dadurch reduzieren wir CO<sub>2</sub>-Emissionen und Lärm. So erhöhen wir die Lebensqualität insgesamt für alle Menschen im Kreis Pinneberg.

Wir sehen **Verkehr als System und Verbund**. Daher müssen alle Teilbereiche bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden und besonderes Augenmerk auf die Übergänge zwischen den Verkehrsträgern gelegt werden. Wir stehen für eine integrierte Verkehrspolitik: dazu gehören auch Verkehr sparende Stadt- und Raumstrukturen sowie fließende Übergänge vom öffentlichen zum Individualverkehr.

Konflikte zwischen Sicherheit und Schnelligkeit müssen sehr sorgfältig abgewogen werden. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN steht in ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit wie keine andere Partei für Engagement bei den Themen **Schulwegsicherung und Verkehrsberuhigung**. Aber nach Jahrzehnten einseitig autofixierter Politik kann eine Umorientierung im Verkehr nur schrittweise umgesetzt werden.

Im Kreis Pinneberg haben wir viel erreicht. Mit der Erweiterung des HVV-Gebietes auf den gesamten Kreis Pinneberg und der Einführung des integralen Taktfahrplanes in Schleswig-Holstein sind zwei wesentliche GRÜNE Forderungen zur Verbesserung des ÖPNV im Kreis Pinneberg verwirklicht worden. Der integrale Taktfahrplan bringt endlich optimal aufeinander abgestimmte Abfahrzeiten von Bussen und Bahnen. Mit nur einer HVV-Fahrkarte - und somit vielfach zu einem günstigeren Preis als bisher - kann man nun seine Ziele in Hamburg sowie in den Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg mit Bus und Bahn erreichen. Endlich gibt es mit der Linie 594 auch eine regelmäßige Busverbindung von Wedel nach Pinneberg!

Besonders erfreulich ist, dass im Kreis Pinneberg bereits seit Jahren an einer qualitativen Verbesserung des Busverkehrs gearbeitet wird. So fahren im Kreis Pinneberg fast nur noch komfortable und behindertengerechte Niederflurbusse, die auch Eltern mit Kinderwagen die Nutzung der Busse erleichtern.

Auf Bundes- und Landesebene gibt es dank grüner Beteiligung bereits Programme zur **Förderung des Radverkehrs**, nämlich den Masterplan FahrRad! und das Programm „Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein“. Jetzt ist es an den Kreisen und Kommunen, diese Bälle aufzunehmen.

Was bleibt zu tun?

## 1. **Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Personennahverkehr**

- Wir wollen den erreichten **Standard der Buslinien** hinsichtlich Takt und Ausstattung der Fahrzeuge sichern und ausbauen. Besonderes Augenmerk muss auch hier auf der Verknüpfung der Verkehrsträger liegen, etwa durch die optimale Anbindung an den schienengebundenen Verkehr und durch Bike+Ride-Anlagen.
- Durch **neue Formen bedarfsgesteuerter Verkehrsmittel** wie Rufbus, Kleinbus, Linientaxi und Sammeltaxi wollen wir auch in weniger dicht besiedelten Gebieten oder zu verkehrsärmeren Zeiten ein komfortables und gleichzeitig kostengünstiges

Angebot aufrecht erhalten. Die **Beteiligung der BenutzerInnen an Planung** und Gestaltung des ÖPNV-Angebotes ist sicher zu stellen. Die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse von Jung und Alt, Frau und Mann sowie von Menschen mit Behinderungen bilden dafür den gemeinsamen Bezugspunkt.

- Wir setzen uns weiterhin für eine zügige **Realisierung des dritten Gleises** zwischen Pinneberg und Elmshorn ein. Mit der damit verbundenen **Umgestaltung der Bahnhöfe** in Pinneberg und Elmshorn besteht hier die Chance zu einer erheblichen Attraktivitätssteigerung des Bahnverkehrs. Der Bahnhof Tornesch bedarf einer dringenden Verbesserung sowohl hinsichtlich der Direktverbindungen Richtung Hauptbahnhof als auch hinsichtlich des Fahrgastkomforts und der Fahrgastinformation. Die Reaktivierung von Schienenstrecken für den Personenverkehr muss weiterhin geprüft werden.
- Wir setzen uns für eine **kreisweite Mobilitätsberatung** ein, die BürgerInnen, auch diejenigen, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind, bei der Wahl der Verkehrsmittel berät und zudem die ÖPNV-Angebote vernetzt. Unser Ziel ist eine bessere Information der BürgerInnen über das gute Angebot des ÖPNV im Kreis Pinneberg, zum Beispiel durch Fahrpläne im Scheckkartenformat. Ein besseres Marketing für Alternativen zum Auto ist gemeinsame Aufgabe des Kreises und der Verkehrsgesellschaften.

## 2. **Eine aktive Fahrradpolitik für den Kreis**

- Der Kreis Pinneberg soll fahrradfreundlicher werden, die Benachteiligung des Fahrradverkehrs gegenüber dem Auto als Verkehrsträger muss beendet werden. Dazu soll ein **Programm „Fahrradfreundlicher Kreis Pinneberg“** ausgearbeitet werden, das Fahrradverkehr in erster Linie als Alltagsverkehr begreift. Bestandteile eines solchen Programms müssen folgende Punkte sein:
  - **Lückenschluss im Radwegenetz** an Kreisstraßen vorzugsweise durch neue Führungsformen des Radverkehrs wie Radfahrstreifen,

- besondere Berücksichtigung des Fahrradverkehrs bei der Unterhaltung und bei Umbaumaßnahmen an Kreisstraßen (gemäß den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen),
  - Ausstattung aller Kreiseinrichtungen mit attraktiven Fahrradstellplätzen,
  - Vernetzung und Information für die Kommunen.
- Daneben soll **Radverkehr auch als touristischer Faktor** verstärkte Beachtung finden. Wir haben mit dem Ochsenweg und der North Sea Cycle Route bereits zwei internationale Radwanderwege im Kreis Pinneberg. Dieses Potential muss genutzt werden. Die verstärkte touristische Erschließung des Untereelberaumes soll sich auf sanften Tourismus konzentrieren.

### 3. **Minimierung der Lärmbelastung**

**Lärm**, verursacht durch Straßenverkehr, Bahn und Flugzeuge, ist für viele Menschen im Kreis Pinneberg ein Problem. Insbesondere die Störung der Nachtruhe führt zu Gesundheitsschäden. Wir wollen durch **Verkehrsvermeidung und Lärmschutzmaßnahmen** bestehende Belastungen vermindern. Insbesondere soll sich der Kreis weiterhin für eine **Verringerung des Fluglärms** in der Region Quickborn einsetzen.

### 4. **Keine überteuerten Straßenbauprojekte**

Bündnis 90/Die GRÜNEN wenden sich weiterhin gegen Straßenbauprojekte, die ökologisch und ökonomisch unsinnig sind. In Zeiten knapper Kassen haben wir andere Prioritäten. Wir wollen nicht unseren knappen finanziellen Spielraum mit Straßenbauprojekten vollends verlieren. Daher lehnen wir den Bau der K 22 und der Weiterführung der A 20 ab Bad Segeberg ab.

## **III. Kinder- und jugendgerechte Politik**

Wir wollen, dass Kinder und ihre Familien in allen Politikfeldern im Mittelpunkt stehen. Wichtig ist, dass wir eine Kultur entwickeln, die

Unterschiedlichkeit akzeptiert und darauf Rücksicht nimmt. Dabei ist eine Politik auf „Kindernasenhöhe“ unsere Norm. Dazu gehört

- die Integration von **Bewegungs- und Rückzugsräumen für Kinder** in die Siedlungsplanung:
  - Kindgerechtes Wohnumfeld durch Reduzierung des Autoverkehrs, ökologische Bauweise und ausreichend Freiflächen zum Spielen verbessern die Lebensqualität und Gesundheit nachhaltig.
  - Senkung aller Schadstoffbelastungen, eine gesunde Landwirtschaft, Einsatz moderner umweltschonender Technologien und Energienutzung durch erneuerbare Energieträger sind Bausteine für die langfristige Sicherung der Lebensqualität unserer Kinder.
- **ausreichende Freizeit- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche.** Diese können helfen, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen, Eltern bei ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen und Bildungsangebote im weiteren Sinne anzubieten. Auch in Zeiten von Sparzwängen darf nicht bei denen gespart werden, die sich nicht selber helfen können. Dies schließt nicht aus, dass alle Angebote auch weiterhin auf ihre Effektivität und Effizienz regelmäßig überprüft werden.

## 1. Kinder haben Rechte

Kinder und Jugendliche sollen in einer gesunden Umwelt lernen, auf eigenen Füßen zu stehen. Dazu gehört auch eine frühzeitige Beteiligung an politischen Entscheidungen. Der Kreis als Kommunalaufsicht muss sich für die konsequente Umsetzung der in der Gemeindeordnung garantierten **Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen** einsetzen: Kinder und Jugendliche sind daher altersgerecht an allen sie betreffenden Planungen zu beteiligen!

Deshalb sind wir für die Einrichtung von Kinder- und Jugendforen. Der Kreis könnte eine Initiative „Jugend im Kreistag“ ins Leben rufen, um junge Menschen frühzeitig für kommunale Politik zu interessieren.

## 2. Ein breites, qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot im Kreis

Eine pädagogisch sinnvolle Kinderbetreuung dient sowohl der Entwicklung der Kinder als auch dem berechtigten Interesse der Eltern, einer Beschäftigung außer Haus nachzugehen.

Die Ausstattung mit Halbtagsplätzen im Elementarbereich (3-6 Jahre) hat sich zwar in den letzten fünf Jahren verbessert, kann aber noch nicht als befriedigend gelöst angesehen werden. Wir sprechen uns daher für eine **Erweiterung des bedarfsgerechten und flächendeckenden Angebotes für Kindergartenplätze im Elementarbereich** aus. Bei der Planung ist zu berücksichtigen und darauf hinzuwirken, dass in den Kommunen der Rechtsanspruch erfüllt wird. Kommunen, die Baugebiete ausweisen, haben für einen ausreichenden Nachweis von Kita-Plätzen zu sorgen.

Wir werden uns dafür einsetzen,

- dass die **Gruppenstärke** in den Elementargruppen wieder auf 20 Kinder reduziert wird.
- dass die Kindertagesstätten, die behinderte und nicht behinderte, ausländische und deutsche Kinder **integrieren**, eine besondere Förderung erfahren.
- dass durch die **Sozialstaffel** auch weiterhin gewährleistet ist, dass alle Kinder vom Kindergarten profitieren können. Elternbeiträge dürfen kein Hindernis sein, das Bildungsangebot Kindergarten anzunehmen.
- dass die **Sprachförderung** für ausländische, aber auch für deutsche Kinder bereits in Kindertagesstätten in Form ganzheitlichen Lernens unter Einbeziehung der Eltern erfolgt. Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn werden bereits im Kindergarten gelegt. Besonders wichtig ist eine Intensivierung der Elternarbeit bei MigrantInnen, weil gerade hinsichtlich der Bedeutung des Besuchs einer Kindertagesstätte für den Spracherwerb zu wenig informiert wird.

Darüber hinaus bestehen kreisweit erhebliche Defizite bei der Betreuung für **Kinder unter 3 Jahren** und für **Schulkinder** sowie bei einer Kinderbetreuung, die über fünf Stunden hinausgeht. Insbesondere für die ländlichen Kommunen fehlen **ganztägige Angebote**. Hier setzen wir uns für **flexible Angebotsformen** ein, zum Beispiel:

- altersgemischte Gruppen, wenn der Bedarf für reine Krippenangebote nicht ausreicht,
- gemeinsame Mittagstische für Schul- und Kindergartenkinder,
- stundenweiser Ausbau, wenn ganztägige Angebote nicht finanzierbar sind.

Variable Betreuungszeiten müssen Eltern ermöglichen, ihren Beruf nachzugehen.

Eine flexible Anwendung des Kindertagesstättengesetzes bzw. dessen Anpassung darf und muss nicht auf Kosten der Qualität gehen.

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass es zukünftig für 20% aller Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot geben soll. Um dies zeitnah umzusetzen, muss jetzt über eine Realisierung im Kreis Pinneberg nachgedacht werden. Hierbei müssen alle Betroffenen mit einbezogen werden. Gerade in diesem Zusammenhang favorisieren wir die Förderung von **Familiengruppen**, also Gruppen mit Kindern aller Altersstufen.

Zu fördern und zu unterstützen sind aber auch **Angebote von Elterninitiativen und Betriebskindergärten**, wenn diese den allgemeinen Standards entsprechen und damit zur Bedarfsdeckung beitragen. Beispielhaft sollte der Kreis vorangehen und endlich eine Kindertagesstätte für die Kreisbeschäftigten schaffen. Dabei könnte der Kreis ein Kooperationsmodell zum Beispiel mit Krankenhaus, Stadtverwaltung Pinneberg oder Kreissparkasse entwickeln, das ein Angebot für Kinder aller Altersstufen im Pinneberger Stadtzentrum vorsieht.

### 3. Bildung für alle

Wir wollen, dass Kinder ganzheitlich ausgebildet werden. Umwelt- und Gesundheitsbildung sowie die Ausbildung von Sozialkompetenzen sind für uns nach wie vor ebenso wichtig wie klassische Lernfelder. Der Kreis steht hier sowohl als Schulträger als auch als Verantwortlicher für den Schulbau in der Pflicht.

Wir begrüßen den Ansatz, **Ganztagschulen und integrative Schulformen** voranzubringen und wollen dies auf Kreisebene unterstützen. Ganztagschulen bieten die Möglichkeit, gesellschaftliche Ungleichheiten ins Lot zu bringen und allen Kindern das gleiche Maß an ergänzenden Bildungsangeboten insbesondere im sportlichen und musischen Bereich anzubieten.

- Die **verlässliche Halbtagschule** muss mit der Beteiligung von Lehrkräften, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen, Eltern und Kindern befriedigend umgesetzt werden. Sie darf nicht der Finanzierung leerer Kassen dienen, sondern der Ausweitung und Verbesserung des Bildungsangebotes. Die bestehenden Betreuungsangebote in Grundschulen stellen dazu eine wichtige Ergänzung dar. Wir wollen sie erhalten und auch mit investiven Mitteln unterstützen.
- Der Kreis muss sein Augenmerk vor allem auf die Kinder richten, die besondere Unterstützung benötigen. Ein erster Schritt wurde bereits mit den sach- und finanzpolitischen Leitzielen 2003 gemacht, wo die **Situation der Förderzentren** (ehemals Sonderschulen) verbessert wurde. In einem zweiten Schritt müssen aber auch **Haupt- und Ganztagschulen** ihren besonderen integrativen Aufgaben entsprechend gefördert werden. Außerschulische Lern- und Hausaufgabenhilfen, die bereits an mehreren Schulen im Kreisgebiet von Kommunen und durch das Land Schleswig-Holstein gefördert werden, sind zu sichern und auszubauen.
- Die **durch die Zuwanderung** entstehende gesellschaftliche Vielfalt stellt **besondere Anforderungen an das Bildungs- und Erziehungssystem**. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in einer anderen Erstsprache aufgewachsen und unterliegen anderen kulturellen und religiösen Prägungen. Die Eltern haben zudem besondere Erwartungen an das Erziehungssystem.

Fast jedes dritte ausländische Kind verlässt im Kreis Pinneberg die Schule ohne Abschluss, über 50% mit einem Hauptschulabschluss. Damit steht der Kreis Pinneberg auch im Vergleich mit anderen Kreisen deutlich schlecht da. Dieses ist sowohl gesellschaftlich als auch individuell für jedes betroffene Kind nicht akzeptabel. Der Kreis Pinneberg hat ein großes Interesse, die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine gesicherte Berufs- und Lebensperspektive für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu schaffen. Das gelingt nur, wenn alle mit der Lernbiographie befassten Einrichtungen, vom Kindergarten über allgemein- und berufsbildende Schulen bis zum Ausbildungszentrum, sich zur **Umsetzung eines Konzepts der interkulturellen Bildung und Erziehung** verpflichten.

#### 4. Kreisaufgabe Jugendhilfe: Politik für morgen

Einen besonderen Schwerpunkt unserer Politik auf Kreisebene möchten wir in den kommenden fünf Jahren auf den präventiven Jugendhilfebereich legen. Wir wollen hier Mittel umschichten. Wir sprechen uns für eine eindeutige **Kostenverlagerung in Richtung Prävention** aus. Zu Lasten teurer stationärer Unterbringungen möchten wir in den nächsten Jahren verstärkt Geld umschichten, zum Beispiel für:

- den Ausbau der Angebote zum Kinderschutz,
- die Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche in Notsituationen
- den Ausbau des Angebotes von sozialer Gruppenarbeit für Jugendliche, die
- Stadtranderholungen oder Ferienfahrten für Kinder und Jugendliche aus finanziell beengten Verhältnissen
- die Förderung von Elternschulen und Familienzentren

Das Jugendhilfebudget sollte deshalb im ambulanten und präventiven Bereich erheblich aufgestockt werden, denn nur durch Prävention können nachhaltig Kosten der Nachsorge und Rehabilitation vermieden werden. **Kostentransparenz und Trägervielfalt** müssen gewährleistet sein und durch eine qualifizierte Jugendhilfeplanung abgesichert werden. Die

Verwaltung muss sich organisatorisch auf diese Veränderungen einstellen.

Des Weiteren müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Jugendliche und Heranwachsende aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr bereit sind, zu Hause zu leben. Sie wollen in neuen Wohnformen sich ausprobieren oder zusammen mit anderen Gleichgesinnten leben, arbeiten und lernen. Die traditionellen Heime oder Wohngruppen bieten ihnen dafür zu wenig Experimentiermöglichkeiten, gleichzeitig haben einige aber durchaus noch Bedarf an professioneller Beratung und Erziehung. Hier bietet sich eine Aufgabe zum Beispiel für die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Die Jugendhilfe sollte hier flexible Angebote vorhalten, die nicht unbedingt immer kostenintensiv sein müssen. Erfahrungsaustausch über die Ländergrenzen hinweg könnte hier bei der Suche nach qualitativ guten Angeboten helfen. Der Kreis soll die Kommunen darauf hinweisen, bei der Bauplanung zukünftig auf Angebote für **neue Lebens- und Wohnformen für junge Menschen** zu achten.

Trotz Aufklärung, Antibabypille und anderen Empfängnisverhütungsmethoden werden immer mehr junge Mädchen schwanger und wollen ihre Kinder allein großziehen. Im Kreis Pinneberg gibt es keine bedarfsgerechten **Angebote für die jungen Mütter**. Bündnis 90/ DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass eine Bestandsaufnahme und Bedarfsprognose in absehbarer Zeit auf den Weg gebracht wird und Bestandteil des Jugendhilfeangebotes auf Kreisebene wird, inklusive geeigneter Aufklärungsarbeit. Eine Kooperation mit den Nachbarkreisen ist dabei durchaus denkbar.

Hinsichtlich der Perspektiven interkulturell orientierter Jugendhilfe sollte die kontinuierliche Mitarbeit von allen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in den bereits vorhandenen Netzwerken der Migrationsarbeit gefördert werden. Kinder- und Jugendhilfe ist gefordert, die **Partizipation ethnischer Gruppen und Vereine** bei der Entwicklung und Durchführung entsprechender interkultureller Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen der außerschulischen Jugendarbeit sowie der Jugendkultur- und Jugendbildungsarbeit konzeptionell sicherzustellen.

Die Angebote von Stadt- und Kreisjugendringen und die Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Menschen gehören zu wichtigen Bausteinen kommunaler Jugendförderung. Dank unseres Einsatzes erhält der Kreisjugendring seit dem Jahr 2000 ein auskömmliches Budget, mit dem er seine präventive Jugendarbeit verstärken kann. Die Angebote des Kreisjugendringes erreichen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bisher nur unzureichend. Wir wollen Anreize bieten, diese Zielgruppe verstärkt in seiner Arbeit zu berücksichtigen.

## **IV. Menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle**

### **1. Integration von Langzeitarbeitslosen**

Wir wollen eine Gesellschaft gestalten, in der niemand ausgegrenzt wird und in der alle eine Chance zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten bekommen. Die jahrelange Massenerwerbslosigkeit ist unter keinen Umständen hinzunehmen. Wir setzen uns grundsätzlich dafür ein, dass die Prinzipien Fordern und Fördern in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen und nicht diejenigen ausgegrenzt werden, die zunächst mehr Förderung, Unterstützung und Hilfe benötigen, bevor sie dem Arbeits- oder Beschäftigungsmarkt zur Verfügung stehen können.

Die Bemühungen zur Integration von Langzeitarbeitslosen in Arbeit und Beschäftigung waren in den letzten Jahren erfolgreich. Insbesondere die Vermittlungsagentur der **Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft** des Kreises (BQG) hat erheblich dazu beigetragen, dass viele SozialhilfeempfängerInnen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten. Dieses führte dazu, dass die Arbeitslosen einerseits ihren Lebensunterhalt wieder selbst durch Arbeit sichern konnten. Andererseits bewirkten die erheblichen Einsparungen bei der Sozialhilfe eine dringend notwendige Entlastung der kommunalen Haushalte.

Auch die Einrichtung der §19-Verträge zur Beschäftigung von langzeitarbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen bei der BQG sowie

bei den Städten Elmshorn und Wedel hatten diesen Effekt. Allerdings ist in den letzten Jahren die Anzahl der TeilnehmerInnen bei der BQG mehr und mehr zurückgegangen. Ein großer Teil von HilfeempfängerInnen bei den Sozialämtern ist inzwischen sozusagen abgearbeitet und entweder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden oder bezieht wieder Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit. Auch wirkt sich aus, dass die BQG durch ihr enormes Anwachsen und die damit verbundene Starrheit in der Organisation nicht flexibel genug ist, jetzt notwendig gewordene, auf bestimmte Gruppen zielende Angebote zu entwickeln.

Eine **Neuorientierung der Beschäftigungspolitik** ist daher notwendig. Wenn das Hartz-Konzept umgesetzt wird, - und wir gehen davon aus, dass dieses der Fall sein wird - wird es um so mehr darauf ankommen, auf kommunaler Ebene die dann als nichterwerbsfähig eingestuftten SozialhilfeempfängerInnen durch gezielte Konzepte zu fördern. Diese sollen einer stigmatisierenden unangemessenen Abstufung entgegenwirken. Ziel muss bleiben, die Menschen langfristig wieder dem Arbeitsmarkt zuzuführen und in die Gesellschaft zu integrieren.

Dieses wird in den Kommunen leichter möglich sein als zentral im Kreis, da sowohl die Nähe zu den Menschen als auch zu möglichen Beschäftigungsträgern und Betrieben größer ist. Es ist anzustreben, dass **auf kommunaler Ebene eine Vielzahl von Trägern**, kleine, auf ihre Personengruppe ausgerichtete Angebote durchführt. Wir sehen die Aufgabe des Kreises in der Vernetzung und Unterstützung der Kommunen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Sprachförderung für alle erwerbsfähigen MigrantInnen gefördert wird und unterstützen die Idee eines Beratungsnetzes, das die Arbeitsvermittlung, die Migrationssozialberatung und Betriebe, die an der Einstellung von MigrantInnen interessiert sind, verbindet.

## **2. Gesundheitspolitik für die Zukunft**

Sucht, insbesondere Alkoholabhängigkeit und Essstörungen, sind in unserer Bevölkerung weit verbreitet. Experten schätzen bezogen auf die Bevölkerungszahl unseres Kreises ca. 12.000 von legalen

Drogen abhängige Menschen, das entspricht ca. 4% der Bevölkerung. Berichte der Suchtberatungsstellen belegen uns dieses. Die Anzahl der Menschen mit Abhängigkeit von illegalen Drogen und Medikamentensucht ist ebenfalls hoch.

- Unser Ziel ist es, im Kreis Pinneberg ein **flächendeckendes Angebot an Suchthilfen** zu schaffen. Dabei sehen wir es als die Aufgabe des Kreises an, ein orientiert an Bevölkerungszahlen gleichmäßig aufgeteiltes und vergleichbares Grundangebot an **Prävention und Suchtberatung** zu fördern. Die Verteilung der hierfür erforderlichen Mittel sollte der Verteilung der Problemlagen zwischen von legalen und illegalen Drogen abhängigen Menschen entsprechen.
- Erforderliche **zusätzliche Angebote**, wie zum Beispiel niedrigschwellige, akzeptierende Hilfen, Cafés oder spezielle Angebote für suchtmittelabhängige Frauen sollten dort installiert werden, wo sie benötigt werden. Dieses ist vorrangig Aufgabe der Kommunen, die auf die spezifischen Anforderungen vor Ort zielgenauer reagieren können.
- Der **Suchthilfeplan** des Kreises Pinneberg ist fort zu schreiben und weiter zu entwickeln. Der Fachbeirat Sucht ist als Expertengremium in weitere Planungen und Umsetzungen einzubeziehen.

Die **interkulturelle Öffnung der Dienste des Gesundheitswesens** steckt noch in den Kinderschuhen. Hier sind jahrzehntelange Versäumnisse nachzuholen, die nachweisbare Qualitätseinbußen in der Versorgung von MigrantInnen zur Folge haben.

Der Kreis betreibt derzeit vier **Krankenhäuser**, die in einem Verbund zusammengeschlossen sind. Aufgrund explosiv ansteigender Kosten im gesamten Gesundheitswesen wird auch über die Zukunft der Krankenhäuser nachgedacht.

Die Krankenhäuser gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb wenden wir uns entschieden **gegen Bestrebungen für eine Privatisierung** der Häuser oder gar Aufgabe einzelner Standorte. Die Krankenhäuser werden in schwierigen Zeiten jedoch nur überleben können, wenn es gelingt die Versorgungsquote von derzeit 50% noch deutlich zu erhöhen.

Wir werden uns einsetzen

- für die Erhaltung der vier Krankenhausstandorte,
- für die Beibehaltung des kommunalen Einflusses bei den Krankenhäusern,
- für eine Qualitätsoffensive mit dem Ziel die Versorgungsquote zu erhöhen.

### 3. Politik für ältere Menschen

Zusätzlich zu den ohnehin steigenden Zahlen älterer Menschen ist der Kreis Pinneberg mit den hübschen Elbmarschgemeinden auch beliebtes Rückzugsgebiet für ältere Menschen geworden, die vorher in der Stadt gelebt haben. Das schafft neben vielen positiven Effekten auch Probleme.

Für den Kreis Pinneberg bedeutet das,

- das Selbstbewusstsein und die Mitbestimmung älterer Menschen mit allen zur Verfügung stehenden Gremien und Möglichkeiten zu stärken,
- die **Beteiligung** des Kreis - Seniorenbeirates in allen für die älteren Menschen relevanten Punkten zu fördern und zu stärken,
- das Grundsicherungsgesetz als Unterstützung zum Abbau von Altersarmut zügig umzusetzen,
- den Wohnungsbau speziell für ältere Menschen zu fördern, insbesondere auch **Projekte des „Betreuten Wohnens“**.

Pflegeproblemen in den Altenheimen des Kreises Pinneberg muss offensiv begegnet werden. Ziel muss sein, dass eine gute **Qualität der Pflege** in den Altenheimen des Kreises sichergestellt werden kann. Dazu ist es notwendig, die Heimaufsicht zu stärken und regelmäßige Kontrollen durchzuführen. Wir wollen uns aber auch dafür einsetzen, dass ehrenamtliches Engagement dazu führt, dass alte pflegebedürftige Menschen in den Heimen mehr Betreuung und Unterstützung erfahren. Die Zusammenarbeit der Heimaufsicht mit dem medizinischen Dienst der Krankenkassen ist

unabdingbar. Ebenfalls sollten praktizierende Ärzte stärker einbezogen werden.

Wir unterstützen die Förderung von MigrantInnen als Pflegekräfte, da es auch immer mehr alte MigrantInnen gibt. Obwohl wir es begrüßen, dass sich hier ein Arbeitsfeld für MigrantInnen auftut, wenden wir uns gegen Lohndumping. Altenpflege hat auch ihren Preis!

#### 4. Für Toleranz und Weltoffenheit

Seit Jahren werden in den Medien rechtsradikale Gewalttaten gemeldet. Menschen ohne deutschen Pass, Juden, Muslime, Homosexuelle und Behinderte werden beschimpft und tätlich angegriffen. Auch der Kreis Pinneberg bleibt von solchen Meldungen nicht verschont.

Wir haben uns immer deutlich gegen rechtsradikale Tendenzen ausgesprochen und **verstärkte Aufklärungsarbeit in Bildungseinrichtungen über Faschismus** und seine Ursachen gefordert. Aufgrund unserer Anregung werden vom Kreis Pinneberg im dritten Jahr Haushaltsmittel für Projekte gegen Rechtsradikalismus, Intoleranz und Fremdenhass zur Verfügung gestellt. Im laufenden Jahr konnten allein neun Vorschläge gefördert werden. Besonders SchülerInnen aus dem Kreis organisieren die unterschiedlichsten Projekte.

In unserem Kreis leben mehrere tausend MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund. Wir setzen uns für eine bessere Einbeziehung ihrer Vereine und Vertretungen in politische Entscheidungsprozesse ein. Dadurch werden die zur Integration entschlossenen MitbürgerInnen ausländischer Herkunft ermutigt und ein tolerantes, von gegenseitiger Kenntnis und Verständnis getragenes Miteinander gefördert.

Wir unterstützen die Partnerschaften des Kreises Pinneberg mit East Sussex und dem Rayon Selenogradsk. Insbesondere die **Zusammenarbeit mit Selenogradsk** soll intensiviert und ausgebaut werden. Der ehrenamtliche Einsatz für diese Partnerschaft verdient unsere besondere Unterstützung. Schwerpunkte seitens des Kreises sollen in der Jugendarbeit und in der

Unterstützung der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten liegen.

Europapolitik findet nicht nur in Brüssel statt. Kommunen und der Kreis müssen europafähig werden. Das betrifft nicht nur die zahlreichen europarechtlichen Vorgaben, die beachtet werden müssen, sondern auch die Nutzung von EU-Fördermitteln für den Kreis. Dies muss in der Kreisverwaltung institutionalisiert werden. Für uns steht im Vordergrund, **Europa auch vor Ort** für die BürgerInnen praktisch erfahrbar zu machen.

## 5. Unterstützung des Sports

Viele Menschen im Kreis Pinneberg sind in Sportvereinen engagiert, in denen durch EhrenamtlerInnen aktive Sozial-, Jugend- und Gesundheitspolitik gestaltet wird. Dieses **ehrenamtliche Engagement** erfährt unsere volle Unterstützung. Deshalb wird von uns die pädagogische Fortbildung der ÜbungsleiterInnen begrüßt.

Ansprechpartner für den Kreis Pinneberg ist der Kreissportverband (KSV). Über ihn fließen Fördermittel in einem vertraglich vereinbarten Rahmen an die Sportvereine des Kreises Pinneberg. Die Arbeit des Kreissportverbandes ist auch weiterhin gesichert, da ab Januar 2003 der Vertrag mit einer erhöhten Förderung für weitere fünf Jahre abgeschlossen worden ist. In der vergangenen Legislaturperiode sind die Sportförderrichtlinien für Sportstätten überarbeitet worden. Die GRÜNE Kreistagsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass an Vereine, die verstärkt Jugendarbeit betreiben, höhere Zuschüsse gezahlt werden. Denn für uns hat der Sport vor allem einen **hohen Stellenwert bei der präventiven Jugendarbeit**.

Hierbei stehen für uns die **Freude an der Bewegung und der Teamgeist** im Vordergrund. Auch die **Stärkung des Selbstbewusstseins** sollte einen wichtigen Schwerpunkt bilden. Angebote zur Selbstverteidigung bieten hier Möglichkeiten, das Selbstbewusstsein und die individuelle Sicherheit zu stärken. Entsprechende Projektangebote für Mädchen und Jungen zum Beispiel an Schulen sollten gefördert werden.

Besonders erfolgreich ist die Förderung von jugendlichen Spätaussiedlern mit Maßnahmen im sportlichen Bereich. Dort erfahren vor allem die Jugendlichen erstmals Anerkennung, die von der traditionellen Jugendpflege bis dahin nicht erreicht wurden.

## 6. Kultur für alle

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die **Kulturpreisverleihung** an altgediente und Nachwuchskünstler wieder jährlich stattfindet. Außerdem vergibt der Kreis jedes Jahr das Stehr-Stipendium sowie Stipendien für die Kreisakademie Pentiment zur Fortbildung junger Künstler.

Der größte Anteil der Kulturförderung fließt nach wie vor in das **Kreiskulturzentrum Landdrostei**. In der vergangenen Legislaturperiode wurden dort mit einer neuen Geschäftsführung die Kosten erfolgreich heruntergefahren und das Konzept dahingehend verändert, dass breitere Bevölkerungsschichten und auch gerade junge Menschen angesprochen werden. Preisträger von „Jugend musiziert“ erhalten die Möglichkeit, in der Drostei aufzutreten. Außerdem werden regelmäßig Künstler unter Dreißig in der Reihe „Junges Forum in der Drostei“ vorgestellt.

Unter der Bezeichnung „Drostei unterwegs“ organisiert die Stiftung seit Sommer 2002 Veranstaltungen an verschiedenen Orten im Kreis Pinneberg in Kooperation mit dem jeweiligen Veranstaltungsort. Auf diese Weise sollen Kosten minimiert und die Drostei als Kreiskulturzentrum in die Fläche hinaus transportiert werden. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass die Drostei ihren Stiftungszweck zur Pflege von Kulturwerten, Förderung der Kunst, der Heimatpflege und Heimatkunde, der Erziehung, Berufsbildung und Jugendpflege sowie der nachbarstaatlichen Verständigung leistet.

**Denkmalschutz und Baupflege** dienen der Bewahrung der gewachsenen Kulturlandschaft. Sie sind ein öffentliches Anliegen, das aber aufgrund geringer öffentlicher Zuschüsse für historische Bauten immer mehr vernachlässigt wird. Die Bemühungen um den Erhalt historischer Bausubstanz sind häufig vergeblich. Es besteht konkreter Bedarf an öffentlichen Maßnahmen, vor allem im Bereich

der Aufklärungsarbeit und der Aus- und Fortbildung in den Denkmalschutzbehörden.

### Zum Schluss

Die gesamte Bandbreite GRÜNER Politik konnten wir hier nicht darstellen. Sie finden dazu ausführliche Informationen in unserem Grundsatzprogramm, das Sie bei uns abfordern können oder im Internet unter [www.gruene.de](http://www.gruene.de) ansehen können.

Wir verstehen unser Wahlprogramm auch als ein Angebot an Sie, mit uns ins Gespräch zu kommen. Wir freuen uns über Ihre Anregungen auf unseren Veranstaltungen, an den Infotischen unserer Partei, auf einer unserer Parteiveranstaltungen, die immer öffentlich sind, oder einfach per Anruf, Post oder E-Mail.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **KV Pinneberg**

Damm 48, 25421 Pinneberg

Tel.: 04101/553985, Fax: 04101/553986

E-Mail: [kv.pinneberg@gruene.de](mailto:kv.pinneberg@gruene.de)

Internet: [www.sh.gruene.de/Pinneberg](http://www.sh.gruene.de/Pinneberg)